



Liebe Leser,
im Blauen Rundbrief der Woche informieren wir Sie fortlaufend
über die aktuellen Presse- und sonstigen Mitteilungen der Alternative für
Deutschland, Sachsen und aus Ihrem Kreisverband.

Inhaltsverzeichnis

Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen	4
Liebe Bürgerinnen und Bürger von Bernsdorf und den dazugehörigen Ortsteilen!.....	4
Wahlkampfunterstützung für Sachsen-Anhalt.....	4
Nachrichten von und mit Karsten Hilse	5
99,99% aller Biologen sind sich einig, dass es nur zwei Geschlechter gibt!.....	5
Zweiter Informationsbesuch 2026 auf Einladung von Karsten Hilse in Berlin 21. und 22. Mai 2026	5
Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026	6
NEUES von unseren Landtagsabgeordneten	7
Mühlentag in Schwarzkollm	7
Elterngeld ist Hilfe, kein Luxus.....	7
Die Migrationswende 2026 – Geplante GEAS-Reform vs. drohender Systemkollaps	8
AfD-Fraktion im Kreistag Bautzen	11
Sonderkreistag am Sonntag wenige Stunden vor der drohenden Schließung der Geburtsstation in Kamenz	11
Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen	12
Druckausgabe Blaue Post Bautzen.....	13
Archiv Blauer Rundbrief	13
Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag	13
Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag.....	13
Vorsicht, Post aus Sachsen! Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 31.5.2026	14
Die Sonntagskolumne im Audio-Format	16
PRESSEMITTEILUNGEN vom 1.6.2026	16
Erster Wirtschaftstag der AfD-Fraktion: Unternehmen müssen entlastet werden!.....	16
Keine Räume mehr für Opposition? CDU-Minister Schuster verstößt gegen Neutralitätspflicht!	17



PRESSEMITTEILUNGEN vom 2.6.2026	17
Vorbild Tschechien: Mini-AKW's in 10 Jahren startklar!	17
Iraker (13) prügelte Busfahrer ins Koma: CDU zog keine Konsequenzen!	18
PRESSEMITTEILUNGEN vom 3.6.2026	18
26 Antifa-Anschläge auf christliches Café: Stadt Leipzig und Staatskanzlei dürfen nicht wegschauen!	18
Geldstrafe für Regierungskritiker: Ist Friedrich Merz ein „Lügenfritz“?	19
PRESSEMITTEILUNGEN vom 4.6.2026	20
Vervierfachung der Einbürgerungen in Sachsen: Deutscher Pass darf nicht verschenkt werden!	20
Hilferuf von Handwerkern: „Tankrabatt“ verlängern und ausweiten!	20
Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	21
PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland	21
PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag	21
Positionspapier „So retten wir Deutschland“	21
Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken	22
Aktuelle OECD-Studie: Deutschlands Niedergang hält nur die AfD auf!	22
Diplomatisches Versagen in New York: Merz scheitert auf ganzer Linie!	22
Inder sticht in Hamburg zu: Supermarkt-Mitarbeiter bezahlt mit dem Leben!	23
332.500 Neubürger sind keine „Migrationswende“!	24
Schluss mit dem Wahnsinn: Einbürgerungen sofort stoppen!	24
„Versöhnungssalat und zwei Bier“	25
Henry musste sterben, weil er weiß war	25
CDU plant Zugriff auf Wohneigentum: Eigentum vor staatlicher Enteignung schützen!	26
Stimmen der AfD ausschlaggebend für historischen Kurswechsel	27
Blick in die Zukunft Deutschlands: Keine Toleranz für Krawallmacher!	28
Weder Merz noch Wüst stehen für Veränderung	28
Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt	29
„Frau Bas hat in der Regierung nichts verloren“, findet Aiwanger	29
Deutschland scheitert erstmals bei Wahl zum UN-Sicherheitsrat	29
Mob geht nach Mord an Student auf Polizei los	29
Roter Berliner Ex-Senatorin wird das Ruhegehalt gestrichen	29
Video-Empfehlungen	29



Geschwister fliegen von der Schule wegen Vaters falscher Meinung Skandal an Berliner Waldorfschule	29
Informationskanäle der AfD.....	29
Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen	30
Radio Klartext	30
NIUS – Die Stimme der Mehrheit	30
Ostdeutsche Allgemeine Zeitung	30
Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen	30
Regionalgruppen im KV Bautzen	32
SPENDENKONTO	32
KONTAKT:.....	32



Aktuelles aus dem Kreisverband Bautzen

Liebe Bürgerinnen und Bürger von Bernsdorf und den dazugehörigen Ortsteilen!

Ich möchte mich bei allen Wählern bedanken, die ihre Stimme für mich abgegeben haben und mich auch während meines Wahlkampfes unterstützten.

Durch das Endergebnis habe ich mich entschieden, dem Wählerwillen gerecht zu werden und für einen zweiten Wahlgang nicht mehr zu kandidieren.

Ich bitte um Verständnis, dass ich in keinsten Weise eine Wahlempfehlung abgeben werde und hoffe auf den gesunden Menschenverstand "Aller", die wollen, dass es in Bernsdorf weiter vorwärts geht.

Mit patriotischen Grüßen

Lutz Härtner

1. Juni 2026

Wahlkampfunterstützung für Sachsen-Anhalt

Das Jahr 2026 wird in einigen Bundesländern ein spannendes Wahljahr.

Baden-Württemberg Anfang März war leider kein Vorbild. Richtungsweisend werden die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern (20.9.2026) und in Sachsen-Anhalt (6.9.2026).

Wir als Kreisverband Bautzen wollen vor allem den Wahlkampf im benachbarten Sachsen-Anhalt unterstützen. Wer Interesse hat, mal einen Tagesausflug mit uns zu machen und beim Verteilen von Flyern zu helfen, kann sich gerne bei uns melden.

Bei genügend Interesse werden wir einen Bus mieten und gemeinsam nach Sachsen-Anhalt fahren. Bitte geben Sie uns unter info@afdbautzen.de Bescheid, ob Sie Interesse haben und in welchem Zeitraum.

Auf der Webseite www.vision2026.de kann man sich auch selbst anmelden, wenn man z. B. einige Tage länger in Sachsen-Anhalt bleiben will.

Nachrichten von und mit Karsten Hilse



99,99% aller Biologen sind sich einig, dass es nur zwei Geschlechter gibt!

Kurz vor der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt beschließt die dortige Noch-Regierung ein Aktionsprogramm "queer". Es sind dieselben Leute, die die Menschen ausplündern, ihnen die Freiheit nehmen und die deutsche Wirtschaft zerstören. Als ein Argument wird immer wieder bemüht, dass es einen wissenschaftlichen Konsens gäbe (den gibt es nachweislich nicht) und das man auf "die Wissenschaft" (es gibt auch nicht "die Wissenschaft") hören solle. Gut werte Linke in allen Altparteien, dann hört konsequent auf "die Wissenschaft".

99,99% aller Biologen sind sich einig, dass es nur zwei

Geschlechter gibt!

Karsten Hilse, MdB

5. Juni 2026

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1534098268077770&set=a.796707255150212>

Zweiter Informationsbesuch 2026 auf Einladung von Karsten Hilse in Berlin | 21. und 22. Mai 2026



In der vorletzten Maiwoche war wieder eine Gruppe interessierter Bürger aus meinem Wahlkreis zu Besuch in Berlin.



Tag 1 beinhaltete u.a. einen Besuch beim THW, an der Gedenkstätte Berliner Mauer und eine Stadtrundfahrt. Am zweiten Tag ging es dann ins Plenum, wo unsere Gäste eine Plenardebatte live miterleben konnten und mich danach im AfD-Fraktionssaal trafen. Auch ein Besuch des Bundeskanzleramts stand auf dem Programm, bevor es wieder nach Hause ins schöne blaue Sachsen ging.

Wenn Sie auch Interesse an einer solchen (für Sie kostenlosen) Informationsfahrt nach Berlin haben, schreiben Sie uns: karsten.hilse.ma02@bundestag.de

Termine für Informationsfahrten in den Deutschen Bundestag 2026

Liebe Mitglieder, Freunde und Sympathisanten der AfD,

auch in diesem Jahr bieten wir wieder die beliebten Informationsfahrten nach Berlin und in den Deutschen Bundestag an und Karsten Hilse, unser Lausitzer Bundestagsabgeordneter lädt Sie herzlich auf diesen Ausflug ein.



Wir reisen in einem komfortablen Reisebus nach Berlin und übernachten in einem Hotel direkt in Berlin. Neben dem Besuch im Bundestag und der Gesprächsstunde mit Karsten Hilse werden wir die zwei Tage wie gewohnt mit interessanten und spannenden Programmpunkten abrunden.

Die Teilnahme an dieser Reise ist generell kostenlos, abgesehen von eventuell anfallenden Eintrittsgeldern und einem kleinen Trinkgeld für unseren Busfahrer und den Gästebetreuer in Berlin. Außerdem enthalten ist zweimal Mittagessen.

Die Übernachtung erfolgt grundsätzlich in Doppelzimmern. In manchen Hotels ist es jedoch in Einzelfällen auch möglich, gegen Selbstzahlung des Aufpreises vor Ort, ein Einzelzimmer zu bekommen, darauf besteht aber kein Anspruch!

Letzter Termin 2026:

19./20. November 2026 (mit Warteliste, da derzeit ausgebucht)
(jeweils Donnerstag und Freitag)

Anmeldung:

Unter Angabe aller folgenden Punkte, **bitte ausschließlich unter folgender Mailadresse:**
karsten.hilse.ma02@bundestag.de

- Name, Vorname
- vollständige Adresse (Straße, PLZ, Wohnort)
- Geburtsdatum und -ort
- Mobilnummer, Emailadresse
- Zustieg (Bautzen oder Hoyerswerda)
- Doppelzimmer mit namentlicher Belegung oder eventueller Einzelzimmerwunsch
- Vegetarier, Veganer, eventuelle Behinderungen

NEUES von unseren Landtagsabgeordneten

Mühlentag in Schwarzkollm

Die Krabatmühle Schwarzkollm ist ein ganz besonderer Ort voller Geschichte, sorbischer Tradition und gelebter Kultur. Am Pfingstmontag war ich in Schwarzkollm zum Mühlentag und es war wieder ein wunderschönes Erlebnis. Regionale Anbieter präsentierten und verkauften mit viel Herzblut ihre Waren und natürlich durfte für mich auch eine leckere Hefepinse nicht fehlen. Die Krabatmühle ist wirklich immer ein Besuch wert.

Auf der Bühne wurde ein tolles Programm rund um die sorbische Kultur geboten. Besonders schön war es zu sehen, wie Kinder mit viel Freude sorbische Tänze aufführten und dafür reichlich Applaus erhielten. Solche Momente zeigen, wie wichtig Tradition, Gemeinschaft und kulturelles Miteinander sind. Eines wird dabei besonders deutlich: Ohne das große ehrenamtliche Engagement vieler Menschen wäre diese wertvolle Kinder- und Jugendarbeit in dieser Form kaum möglich. Auch ich bringe mich mit Herz und Überzeugung in dieses Ehrenamt ein, denn es ist schön zu sehen, wie wichtig es ist, Traditionen weiterzugeben und Kindern sowie Jugendlichen solche wertvollen Erfahrungen zu ermöglichen. Ein rundum gelungener Tag voller Heimat, Kultur und schöner Begegnungen.

Doreen Schwietzer, MdL
27. Mai 2026



Elterngeld ist Hilfe, kein Luxus

Während die Koalition darüber diskutiert, das Elterngeld weiter zu kürzen und dadurch rund 500 Millionen Euro einsparen will, stehen viele Familien in Deutschland schon heute massiv unter Druck. Hohe Lebensmittelpreise, steigende Energiekosten, Kredite fürs Eigenheim und immer höhere Abgaben bringen viele Eltern an ihre Grenzen.

Eine Familie mit drei Kindern sprach mich an: Beide Eltern arbeiten, finanzieren ein Haus und selbst mit Elterngeld reicht das Geld kaum aus. Die Mutter muss zusätzlich nebenbei arbeiten gehen, obwohl das 3. Kind noch sehr klein ist. Und trotzdem bleibt am Ende des Monats kaum noch Geld übrig.

Gesundes Essen, Freizeit oder kleine Wünsche für die Kinder werden zum Luxus, weil die steigenden Kosten alles auffressen.

Genau das darf in einem starken Land nicht normal werden.

„Elterngeld ist Hilfe, kein Luxus.“

Wer arbeitet, Kinder großzieht und Verantwortung übernimmt, darf nicht zusätzlich in finanzielle Sorgen gedrängt werden. Familien brauchen faire Löhne, Entlastung und echte Unterstützung – statt immer neuer Belastungen und Kürzungsdebatten.

Der Staat sollte endlich dort helfen, wo Menschen jeden Tag Leistung bringen, statt Milliarden ins Ausland, Migration, Rüstungsindustrie sinnlos zu verschwenden. Denn Familien sind nicht das Problem – sie sind die Zukunft unseres Landes.

Wir als AfD in Sachsen fordern deshalb seit Langem eine stärkere Familienförderung. Dazu gehören unter anderem finanzielle Entlastungen und echte Anreize für Familien. Kernpunkte sind die Einführung eines sächsischen Familiengeldes beziehungsweise eines Baby-Begrüßungsgeldes, um Familiengründungen zu unterstützen und die finanzielle Belastung bei der Kindererziehung spürbar zu verringern.

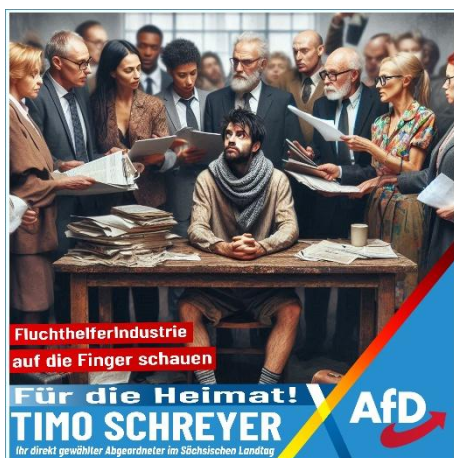
Doreen Schwietzer. MdL

Quellen: MDR.de, Merkur

27. Mai 2026

Die Migrationswende 2026 – Geplante GEAS-Reform vs. drohender Systemkollaps

1. Die finanzielle Schieflage: Warum das System am Limit ist



Die ungesteuerte Fluchtmigration führt zu einem wachsenden fiskalischen Ungleichgewicht. Daten des Bundesamtes und des IAB belegen, dass die Mehrheit der Zuwanderer im Niedriglohnsektor arbeitet und über den Lebenszyklus statistisch **Nettoempfänger** statt Nettozahler von Sozialleistungen bleibt. Sie gelten im Idealfall als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, beziehen aber für sich und ihre Familien weiterhin Sozialleistungen.

Mit dem Renteneintritt der Babyboomer schrumpft die Basis einheimischer Nettozahler rapide. Dies verschärft das gesellschaftliche Gefühl der Ungerechtigkeit: Während Einzahler im Pflegefall oft ihre Altersvorsorge und ihr

Eigenheim komplett aufzehren müssen, bevor der Staat einspringt, ist für Personen ohne Vorleistung eine lebenslange Alimentierung garantiert.

2. Der juristische Wendepunkt: Die GEAS-Reform ab Juni 2026

Da der nationale Schutzwall des **Art. 16a GG** (Abweisung bei Einreise aus sicheren Drittstaaten) und Einreisprogramme durch übergeordnetes EU-Recht und das Verbot pauschaler Zurückweisungen in der Praxis weitgehend wirkungslos blieb, tritt am **12. Juni 2026** die GEAS-Reform (Gemeinsames Europäisches Asylsystem) in Kraft. Sie setzt auf drei Säulen:

1. **Screening-Verfahren:** Verpflichtende Sicherheits- und Identitätsprüfung an den Außengrenzen innerhalb von 7 Tagen.
2. **Eurodac-Erweiterung:** Zentrale Speicherung von Fingerabdrücken und Gesichtsbildern ab 6 Jahren zur lückenlosen Verhinderung von Sekundärmigration (z.B. Weiterreise nach Massenamnestien in Spanien).



3. **Fiktion der Nichteinreise:** Unterbringung von Migranten aus Ländern mit Anerkennungsquoten unter 20 % in geschlossenen Grenzzentren.

Die staatliche Seite (Vollzug und Justiz)

- **Das Justizministerium (in Sachsen: SMJUS):** Muss das Geld, die Technik (Videokonferenzanlagen in den Lagern) und das Personal für die Gerichte bereitstellen.
- **Das BAMF (Bundesamt für Migration):** Muss die Asylanträge im Rekordtempo ablehnen oder als unzulässig erklären.
- **Die Verwaltungsgerichte (z. B. Dresden, Leipzig, Chemnitz) & das OVG Bautzen:** Die Richter stehen unter dem enormen Druck, Eilanträge innerhalb weniger Tage fehlerfrei abzuarbeiten.
- **Die Bundespolizei und Abschiebebehörden:** Sie müssen den physischen Vollzug und die Flüge in die Heimatländer oder Dublin-Staaten wie Spanien organisieren.

Die NGO- und Aktivistenseite (Verfahrensbegleitung und Blockade)

- **Pro Asyl:** Der nationale Kopf. Koordiniert die Musterklagen gegen die Haftbedingungen und baut die Rechtshilfe-Infrastruktur direkt an den Grenzzentren auf. Über vorgefertigte Textbausteine fertigen sie Widersprüche gegen die Zurückweisung aus und verzögern das Verfahren aktiv.
- **Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.:** Die sächsische Landesorganisation. Überwacht die Erstaufnahmeeinrichtungen, sucht nach Behördenfehlern und leitet die Fälle sofort an Anwaltpools weiter.
- **Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein (RAV) / Vereinigung Demokratischer Juristen (VDJ):** Organisieren Anwalts-Notdienste, um rund um die Uhr Mandate in den Grenzzentren zu übernehmen, damit keine Frist verpasst wird.
- **Die großen Wohlfahrtsverbände (Diakonie, Caritas, DRK):** Sie übernehmen oft die offizielle Asylberatung im Auftrag des Staates. Sie agieren moderater, blockieren das System aber „sanft von innen“, indem sie extrem pedantisch auf Kindeswohl, Hygiene und Dolmetscherqualität pochen, was das staatliche Fließband im Alltag massiv ausbremst.
- **Aktion Courage / „We'll Come United“:** Radikalere Aktivisten, die gegen die geschlossenen Zentren demonstrieren, diese als völkerrechtswidrige Lager skandalisieren und versuchen, Abschiebungen durch Proteste oder Blockaden physisch zu stören.
- **„Gegen Recht“ (Juristisches Fachnetzwerk):** Spezialisierte Juristen, die versuchen, Klagen bis vor das Bundesverfassungsgericht oder den Europäischen Gerichtshof (EuGH) zu bringen, um das gesamte neue deutsche Gesetz kippen zu lassen.

Das 12-Wochen-Dilemma: Das gesamte Verfahren inklusive des gerichtlichen Eilrechtsschutzes muss im Express-Tempo von **maximal 84 Tagen** rechtskräftig abgeschlossen sein. Wird diese Frist gerissen, müssen die Personen in das reguläre Inlandsverfahren entlassen werden – und wir wissen, was dies in der Praxis bedeutet – Sie bleiben für immer hier.



- **Fristerpressung:** Angesichts von Altfällen und Personalmangel an den Verwaltungsgerichten führen digitale Massenklagen zum zeitlichen Kollaps der Justiz.
- **Hebelung über Vulnerabilität:** Durch gezieltes Screening auf Traumata wird versucht, den Status der „Vulnerabilität“ geltend zu machen, der eine Unterbringung im geschlossenen Lager verbietet.
- **Vollzugshindernisse:** Das Einreichen privater Gefälligkeitsatteste (Reiseunfähigkeit/Suizidalität) unmittelbar vor der Abschiebung zwingt die Behörden zu amtsärztlichen Gegengutachten. Aufgrund des Ärztemangels in den Landkreisen dauert dies Wochen – die Abschiebe- oder Überstellungsfrist läuft ab. Zudem blockieren Instrumente wie das Kirchenasyl oder kurzfristiges Untertauchen den physischen Vollzug.

4. Parlamentarische Aufklärung (Fokus: Sachsen)

Um die reale Vorbereitung und den Grad der Überlastung der Justiz im Freistaat Sachsen offenzulegen, habe ich fünf Kernbereiche für Kleine Anfragen an die Staatsregierung (SMJUS/SMI) definiert:

- **Anfrage 1 (Personal & Technik):** Abfrage neu geschaffener Richterstellen und Videokonferenztechnik an den Verwaltungsgerichten für die 84-Tage-Frist.
- **Anfrage 2 (Verfahrensdauer):** Statistische Erfassung der Anhängigkeit, Erfolgsquoten und durchschnittlichen Dauer von Einzelverfahren.
- **Anfrage 3 (Kosten):** Aufschlüsselung der fiskalischen Netto-Landesbelastung durch Asylverfahren und gewährte Prozesskostenhilfe und Anwaltskosten.
- **Anfrage 4 (NGO-Finanzierung):** Offenlegung staatlicher Fördermittel für in Erstaufnahmeeinrichtungen aktive Beratungsvereine und Struktur der neuen GEAS-Rechtsberatung.
- **Anfrage 5 (Abschiebestatistik):** Abfrage abgebrochener Abschiebungen durch Atteste, Fristenabläufe (Dublin-Fälle) und die Handhabung von Kirchenasyl.

Das System steht vor dem Zusammenbruch. Die neue Regelung führt nun dazu, dass noch viel mehr Zugezogene nach Deutschland kommen und mit Unterstützung der Fluchthelfer Industrie hierbleiben dürfen. Für das Sozialsystem und unseren Staat bedeutet das wohl, dass der Kollaps vorgezogen wird.

Bleibt standhaft!

Timo Schreyer, MdL
5. Juni 2026

AfD-Fraktion im Kreistag Bautzen

Sonderkreistag am Sonntag wenige Stunden vor der drohenden Schließung der Geburtsstation in Kamenz

Am Sonntag hat ein Sonderkreistag, wenige Stunden vor der drohenden Schließung, die Grundlage für den Weiterbetrieb der Geburtshilfe des Kamener St. Johannes Krankenhauses bis zum Jahresende gelegt. Dafür gewährt der Landkreis einen freiwilligen Zuschuss von bis zu 500.000 € zur Deckung von Betriebskosten.

Die Fraktionsvorsitzende Heike Lotze resümiert:

„Der heutige Beschluss war ein schmerzhafter, aber notwendiger Schritt, der den politisch Verantwortlichen bis zum Jahresende Zeit gibt, eine tragfähige Lösung zu finden.



Besonders möchte ich all denen danken, die dies mit ihrer harten Arbeit über Fraktionsgrenzen hinweg möglich gemacht haben. Auch als AfD-Fraktion konnten wir unseren Beitrag dazu leisten.

Die Verantwortung liegt nun bei der Landespolitik, die die Voraussetzungen dafür schaffen muss, dass der ländliche Raum bei der medizinischen Grundversorgung nicht abgehängt wird.

Es ist nicht hinnehmbar, dass die ohnehin finanziell nicht ausreichend ausgestatteten Kommunen hier einspringen müssen.

Besondere Hoffnung setzen wir dabei in den Eilantrag der AfD-Fraktion (8/7130), der Klinikschließungen wie in Kamenz sachsenweit verhindern soll.“

Heike Lotze, Fraktionsvorsitzende
1. Juni 2026



Veranstaltungen und weitere Termine im Kreisverband Bautzen

Fr	05.06.2026	18.00 Uhr	Quellendiele Lauta	REGIONAL-STAMMTISCH der Regionalgruppe Hoyerswerda
Mo	15.06.2026	19.00 Uhr	Bürgerbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	STAMMTISCH der Regionalgruppe Bautzen mit Jörg Urban
Sa	27.06.2026	11.00 Uhr	Ocean Beach Bar am Stausee Bautzen	VOLLEYBALLTURNIER der Generation Deutschland, Landesverband Sachsen Anmeldung (als Team oder Einzelperson) an: volleyball@generationsachsen.de
Di	30.06.2026	19.00 Uhr	Friesenhof Alt Lindenau 16 01445 Radebeul	BUNDESTAGSFRAKTION vor ORT mit den MdB's Christian Reck und Thomas Ladzinski und MdL Frank Peschel
Do	02.07.2026	15.00-18.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Dietrich-Bonhoeffer-Str. 7 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Doreen Schwietzer, MdL mit gemütlichem Beisammensein und Grillen
Do	02.07.2026	19.00 Uhr	Flair Hotel Weststr. 10 - 12 01917 Kamenz	BUNDESTAGSFRAKTION vor ORT mit Karsten Hilse, MdB und weiteren Abgeordneten
Mo	13.07.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Bautzen Postplatz 1 02625 Bautzen	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Di	14.07.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Hoyerswerda Spremberger Str. 11 02977 Hoyerswerda	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB
Mi	15.07.2026	14.00-17.00 Uhr	Wahlkreisbüro Kamenz Klosterstr. 4 01917 Kamenz	BÜRGERSPRECHSTUNDE mit Karsten Hilse, MdB

Termine, Pressemitteilungen und weitere Infos aus dem KV Bautzen finden Sie hier:
www.afdbautzen.de

Druckausgabe Blaue Post Bautzen

Einmal im Quartal gibt es die Druckausgabe unserer Kreisverbandszeitung.

Für alle, die lieber online lesen oder keine im Briefkasten hatten (wir freuen uns immer über Unterstützung bei der Verteilung) geht es hier zur Version zum Herunterladen:

<https://afdsachsen.de/blau-post-bautzen-ausgabe-april-2026/>

Archiv Blauer Rundbrief

Lesen Sie hier ältere Ausgaben des Blauen Rundbrief:

<https://afdsachsen.de/blauer-rundbrief-des-afd-kreisverband-bautzen/>



Neues von der AfD Sachsen und der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Der Corona-Untersuchungsausschuss im Sächsischen Landtag

Hier finden Sie alle Informationen:



Vorsicht, Post aus Sachsen!

Die Sonntagskolumne von Jörg Urban vom 31.5.2026

Liebe Freunde, liebe Leser,

zu Beginn des 20. Jahrhunderts zählte Sachsen zu den wohlhabendsten Regionen in Deutschland. Dank der rasanten Industrialisierung lag das Pro-Kopf-Einkommen in Sachsen 17 Prozent über dem bundesweiten Schnitt.

Das ist vor allem deshalb bemerkenswert, weil Deutschland damals neben den USA die am schnellsten wachsende Volkswirtschaft der Welt war. Sachsen zählte somit zur absoluten Weltspitze.

Der Chemnitzer Historiker Professor Frank-Lothar Kroll hat eindrucksvoll beschrieben, wie fortschrittlich Sachsen damals war: „Sachsen besaß das dichteste Eisenbahn- und Straßennetz in Deutschland. Florierende Textil-, Metall- und Montanindustrien, Handelszentren, Kulturmetropolen und Bildungseinrichtungen von internationalem Rang vermittelten das dynamische Bild eines aufstrebenden, in voller Entwicklung von einer Agrar- zu einer Industriegesellschaft begriffenen Staatswesens.“

Man muss sich das vor Augen führen, denn von dieser wirtschaftlichen Stärke ist heute leider nicht mehr viel übriggeblieben. Das liegt zum einen an den zwei fürchterlichen Diktaturen, die Sachsen ertragen musste. Zum anderen haben andere Weltregionen – gerade in Ostasien – den Turbo gezündet, während nach der Deutschen Einheit in Sachsen zwar viel Positives bewegt wurde, aber eben auch bei weitem nicht alles gelang.

Ich möchte das an dieser Stelle nur an einem Beispiel illustrieren: Das ehemals beste Straßennetz Deutschlands schafft es heute hinsichtlich der Autobahndichte nur noch auf Platz 14 von 16 der einzelnen Bundesländer. Im Vergleich zu anderen Bundesländern und zu anderen Staaten ist Sachsen also erheblich zurückgefallen.

Wir müssen uns deshalb Gedanken darüber machen, wie wir uns wieder nach vorn arbeiten können und brauchen dazu – ohne Übertreibung – ein zweites sächsisches Wirtschaftswunder.

Die AfD ist der Überzeugung, dass nur die soziale Marktwirtschaft unserem Land zu einer neuen Blüte verhelfen kann! Die soziale Marktwirtschaft eines Ludwig Erhard ermöglichte das westdeutsche Wirtschaftswunder der 1950er-Jahre. Auf dieses Erfolgsrezept müssen wir wieder setzen!

Der Klima-Sozialismus dagegen führt unser Land direkt in den Abgrund. Deshalb werden wir sowohl die Grünen als auch die CDU weiter dafür kritisieren, die Utopie der deutschen Klimaneutralität verwirklichen zu wollen. Wenn ein Staat wie die Bundesrepublik im Alleingang das Weltklima retten will, dann ist das nichts anderes als ein wirtschaftlicher Selbstmordversuch.





Die durch politische Fehlentscheidungen losgetretene Industrieflucht aus Deutschland bringt dem Klima übrigens überhaupt nichts. Die Industrie sucht sich einfach andere, weitaus günstigere Standorte und produziert dann halt im Ausland.

Um nun die richtigen Rahmenbedingungen für einen Aufschwung zu finden, sollten wir uns neben Ludwig Erhard auch das erste sächsische Wirtschaftswunder in Erinnerung rufen. Wissen Sie, wovon ich spreche? Oder anders gefragt: Wissen Sie, warum Sachsen zu Beginn des 20. Jahrhunderts wirtschaftlich derart gut aufgestellt war?

Verzeihen Sie mir den kleinen Rückblick, wenn ich Ihnen den historischen Fachbegriff des ersten sächsischen Wirtschaftswunders nenne. Er lautet: „Rétablissement“. Dieser französische Ausdruck heißt übersetzt so viel wie „Wiedergenesung“ und er beschreibt die sächsische Wirtschaftspolitik nach dem Siebenjährigen Krieg (1756-1763), der zwischen Preußen und Österreich ausgetragen wurde.

Sachsen lag damals in Schutt und Asche. Noch zu Kriegszeiten wurde im Jahr 1762 eine Kommission unter dem Vorsitz von Thomas Fritsch eingesetzt, um Sachsen wieder aufzubauen.

Das Grundprinzip der von Fritsch vorgeschlagenen Reform ist dabei aktueller denn je. Er forderte die Politik dazu auf, die Geldverschwendung des Staates zu beenden und die Bürger zu entlasten.

Wortwörtlich notierte Fritsch: „Eines Kurfürsten von Sachsen Interesse erfordert es, dass er gute Haushaltsführung einführt und die Untertanen nicht plagen lässt.“

Auch wenn sich unser Auge noch heute am Dresdner Barock – also an der Frauenkirche, an Schloss Moritzburg und dem Zwinger – erfreuen kann, so war das doch zugegebenermaßen alles ein wenig teuer. Hinzu kamen eine ausgeprägte Vetternwirtschaft im sächsischen Hofstaat und außenpolitische Abenteuer, die ebenfalls viel Geld verschlangen.

Damit sollte von nun an Schluss sein! Stattdessen wurden Prämien für Erfinder ausgezahlt und Unternehmer wurden mit günstigen Krediten unterstützt.

Ein bis heute sichtbares Zeichen des ersten sächsischen Wirtschaftswunders war zudem die Gründung der Bergakademie Freiberg im Jahr 1765. Dahinter wiederum stand der richtige Gedanke, heimische Rohstoffe zu nutzen, um den Wohlstand zu mehren.

Der ökonomische Vordenker der damaligen Zeit war Johann Heinrich Gottlob Justi. Er setzte sich für zwei Maßnahmen ein, die unsere Wirtschaft auch heute benötigt. Zum einen schlug er Steuersenkungen vor. Zum anderen engagierte er sich für die Aufhebung von Im- und Exportverboten. An ihre Stelle sollten staatlich geförderte Handelsgesellschaften treten.

Wenn die AfD das Ende der Russland-Sanktionen fordert, dann stehen wir damit in dieser guten sächsischen Tradition einer weltoffenen, innovativen und fortschrittlichen Wirtschaftspolitik.

Sachsen und Deutschland brauchen auch im 21. Jahrhundert ein „Rétablissement“ – eine „Wiedergenesung“. Dafür setzt sich die AfD ein, denn unser Anspruch ist: Wir wollen Weltspitze sein, denn nur wenn unsere Unternehmen mit ihren Produkten Weltspitze sind, kann auch der Wohlstand unseres Landes wieder wachsen!

Bis nächsten Sonntag,

Ihr Jörg Urban

<https://afd-fraktion-sachsen.de/wirtschaftliche-staerke-laesst-sich-nur-mit-afd-politik-erreichen/>

Die Sonntagskolumne im Audio-Format

Nur auf Telegram: <https://t.me/joergurbansachsen>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 1.6.2026

Erster Wirtschaftstag der AfD-Fraktion: Unternehmen müssen entlastet werden!

Die AfD-Fraktion hat am 30. Mai in der Messe Dresden Unternehmer aus ganz Sachsen zu einem Wirtschaftstag begrüßt. Rund 200 Gäste folgten dem Aufruf.



Auf dem Wirtschaftstag referierte der Ökonom Prof. Dr. Max Otte über den digitalen Euro und eine drohende Bargeld-Abschaffung. Die AfD-Fraktion spricht sich für den Erhalt des Bargeldes aus.

Ein wissenschaftlicher Mitarbeiter des Instituts für Mittelstands- und Regionalentwicklung lieferte eine Bestandsanalyse der sächsischen Wirtschaft. Eine Kernaussage von ihm: Die Lücke zwischen Ost und West ist seit 1990 noch einmal doppelt so groß geworden.

Die wirtschafts- und energiepolitischen Forderungen der sächsischen AfD-Fraktion präsentierten Frank Peschel und Jan Zwerg. Im Mittelpunkt standen Steuersenkungen, um

Unternehmen zu entlasten. Die sächsische Regierung könnte z.B. die Grunderwerbsteuer auf ein Prozent senken und sich im Bundesrat für eine Abschaffung der CO2-Abgabe stark machen.

Wie eine bundesweite Wirtschaftswende gelingen kann, skizzierte der AfD-Bundestagsabgeordnete Mathias Weiser, der Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie ist.

Dr. Milan Urban von der tschechischen Regierungspartei SPD erklärte, warum unser Nachbarland auf Kernkraft setzt. Darüber hinaus sprach der Europa-Abgeordnete Markus Buchheit. Er zeigte auf, dass die Europäische Kommission um Ursula von der Leyen (CDU) nicht in der Lage ist, einen Nettonutzen der EU für deutsche Unternehmen nachzuweisen.

Der AfD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Tino Chrupalla, und der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende, Jörg Urban, hielten Grußworte.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/erster-wirtschaftstag-der-afd-fraktion-unternehmen-muessen-entlastet-werden/>

Keine Räume mehr für Opposition? CDU-Minister Schuster verstößt gegen Neutralitätspflicht!

CDU-Innenminister Armin Schuster versucht Vermieter und Geschäftspartner der AfD einzuschüchtern. Gegenüber der „Sächsischen [Zeitung](#)“ kündigte er an, „relevanten Unterstützern“, die der AfD Fahrzeuge oder Räume überlassen, unter Umständen die Waffenerlaubnis zu entziehen.

Dazu erklärt der sächsische AfD-Fraktionsvorsitzende Jörg Urban:

„Mit diesem ungeheuerlichen Boykottaufruf verstößt Armin Schuster gegen die Neutralitätspflicht der Staatsorgane.“

Wer zum Boykott der politischen Konkurrenz aufruft, nutzt die Methoden totalitärer Staaten.

Die AfD ist friedlich und verteidigt die freiheitlich-demokratische Grundordnung.



Indem der CDU-Innenminister die Opposition kriminalisiert und die Durchführung von friedlichen [Veranstaltungen](#) torpediert, outet sich Armin Schuster selbst als Verfassungsfeind.“
<https://afd-fraktion-sachsen.de/keine-raeume-mehr-fuer-opposition-cdu-minister-schuster-verstoest-gegen-neutralitaetspflicht/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 2.6.2026

Vorbild Tschechien: Mini-AKW's in 10 Jahren startklar!

In unserem Nachbarland Tschechien soll das erste Mini-Kernkraftwerk bereits in zehn Jahren fertig sein, schreibt die „Sächsische [Zeitung](#)“. Das heißt: Direkt nach der Kohle kommt die [Kernkraft](#).



Sachsen könnte genauso vorgehen. Zudem hat die AfD-Fraktion eine „strategische Energiepartnerschaft zur Nutzung und zum Bezug von [Kernenergie](#)“ mit Tschechien und Polen beantragt ([Drs. 8/4023](#)).

Eines der Hauptargumente von Kernkraftgegnern lautet, der Bau der Kraftwerke dauere zu lange. Dazu gehört auch CDU-Kanzler Friedrich Merz, der in der [Kernkraft](#) keine zeitnahe Lösung sieht.

Das ist falsch! Nur aufgrund bürokratischer Hürden dauerte der Bau in Europa zuletzt im Schnitt 20 bis 25 Jahre. China schafft es hingegen in fünf bis sieben Jahren.

Im Gegensatz zu großen Kernkraftwerken sind Mini-AKW's günstiger und können auch schneller gebaut werden. „Sie können in einer Fabrik vorgefertigt und montiert und dann gebrauchsfertig zum Standort transportiert werden“, erklärt Siemens Energy.

2038 will Deutschland aus der Kohle aussteigen. Bis dahin wäre es sehr wohl möglich, etliche Mini-AKW's zu bauen, wenn JETZT damit begonnen wird.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/vorbild-tschechien-mini-akws-in-10-jahren-startklar/>

Iraker (13) prügelte Busfahrer ins Koma: CDU zog keine Konsequenzen!

Die Gewalt in sächsischen Zügen und Bussen wird immer schlimmer und die Täter werden immer jünger.

Erstes Beispiel: Ein junger Ukrainer (16) trat in der Regionalbahn zwischen Ottendorf-Okrilla und Laußnitz am Wochenende auf einen am Boden liegenden Lokführer ein. Zuvor hatte der Ukrainer laut Polizeibericht bereits eine Zugbegleiterin angegriffen. Der Tatverdächtige hatte ein verbotenes Einhandmesser bei sich.

Zweites Beispiel: Ein 13-jähriger Iraker prügelte einen Busfahrer in Leipzig ins Koma. Der AfD-Abgeordnete Holger Hentschel wollte nun von CDU-Innenminister Armin Schuster wissen, ob es weitere derartige Vorfälle gab und was denn nun die Konsequenzen sind ([Drs. 8/6839](#)).



Außer dem Hinweis auf ein paar Überwachungskameras an Bahnhöfen konnte oder wollte Innenminister Schuster nichts sagen.

Fakt ist: Im Gegensatz zu anderen Bundesländern hat Sachsen keine stationäre Einrichtung für hochkriminelle [Kinder](#).

Fakt ist leider auch: Sachsen hat noch nicht einmal feste Vereinbarungen getroffen, um z.B. 13-jährige Iraker in anderen Bundesländern unterzubringen ([8/6857](#)). Das heißt: Sachsen muss in einem solchen Fall darauf hoffen, irgendwo auf die Schnelle einen Platz zu finden.

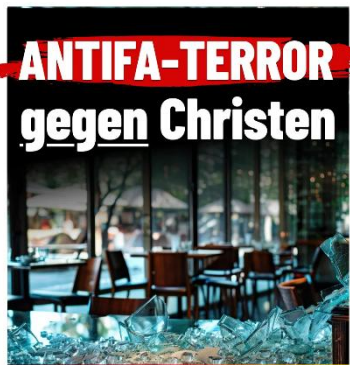
Wir meinen: Das ist ein Totalversagen der CDU bei der inneren Sicherheit! Wir fordern: Grenzen sichern! Abschieben! Strafverschärfung für Messerattacken! Und: Keine falsche Toleranz gegenüber sehr jungen Gewalttätern!

<https://afd-fraktion-sachsen.de/iraker-13-pruegelte-busfahrer-ins-koma-cdu-zog-keine-konsequenzen/>

PRESSEMITTEILUNGEN vom 3.6.2026

26 Antifa-Anschläge auf christliches Café: Stadt Leipzig und Staatskanzlei dürfen nicht wegschauen!

In Leipzig musste nach übereinstimmenden Medienberichten ein christliches Café nach 26 Anschlägen der Antifa schließen. Unter anderem richtete ein Buttersäureanschlag an Heiligabend einen Schaden in Höhe von 20.000 Euro an.



ALTPARTEIEN
schauen weg!!!



Auf der linksextremen Seite „Indymedia“ wurden die Anschläge mit der konservativen Ausrichtung der Christen begründet. Die LGBTQ-Szene beteiligte sich mutmaßlich auch an den Anschlägen, sprühte „Be gay“ an die Fassade und schlug Fensterscheiben ein.

Dazu erklärt der neugewählte religionspolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Jörg Kühne:

„Die Stadt Leipzig in Person des Ordnungsbürgermeisters Heiko Rosenthal hätte die Pflicht gehabt, sich schützend vor die Christen und ihr Café zu stellen. Dass der Ordnungsbürgermeister noch nicht einmal gesprächsbereit war, ist ungeheuerlich.

Ebenso frage ich mich, warum die Sächsische Staatskanzlei zu den Anschlägen gegen Kirchen und Christen schweigt.

Ich habe die Regierung bereits in der letzten Legislaturperiode dafür kritisiert, dass sie bei Vandalismus gegen Kirchen wegschaut und werde dieses Thema nun erneut aufgreifen.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/26-antifa-anschlaege-auf-christliches-cafe-stadt-leipzig-und-staatskanzlei-duerfen-nicht-wegschauen/>

Geldstrafe für Regierungskritiker: Ist Friedrich Merz ein „Lügenfritz“?

Laut „Tagesspiegel“ hat das Amtsgericht Öhringen für die Formulierung „Lügenfritz“ eine Geldstrafe in Höhe eines Monatslohns (30 Tagessätze) verhängt. So wurde auf [Facebook](#) CDU-Kanzler Friedrich Merz bezeichnet. „Pinocchio“-Kommentare wurden indes als zulässig eingestuft.

Es laufen derzeit etliche, ähnlich gelagerte Verfahren gegen Regierungskritiker. Hintergrund ist Paragraph 188 des Strafgesetzbuchs, der „Majestätsbeleidigungen“ gegen Politiker verhindern soll.

Die AfD spricht sich für die Streichung des „Politikerbeleidigungsparagraphen“ aus. Sonderrechte für Politiker darf es nicht geben. Alle Staatsbürger müssen gleich behandelt werden.

Hinzu kommt: Friedrich Merz hat nicht nur einmal gelogen. Vor der Bundestagswahl schloss er neue Sonderschulden aus. Direkt danach setzte er sie noch mit der alten Bundestagsmehrheit durch. Peter Huber, Professor für Öffentliches Recht und Richter am Bundesverfassungsgericht bis 2023, sprach in diesem Zusammenhang von einem „Staatsstreich“.

Die Meinungsfreiheit ist nur dann gewährleistet, wenn jeder Bürger einen solchen „Staatsstreich“ zugespitzt kritisieren darf.

<https://afd-fraktion-sachsen.de/geldstrafe-fuer-regierungskritiker-ist-friedrich-merz-ein-luegenfritz/>



PRESSEMITTEILUNGEN vom 4.6.2026

Vervierfachung der Einbürgerungen in Sachsen: Deutscher Pass darf nicht verschenkt werden!

Im Jahr 2025 wurden in Sachsen 5.195 ausländische Personen eingebürgert. Das ist ein steiler Anstieg um 18 Prozent innerhalb eines Jahres. Der Langzeitvergleich ist noch aufschlussreicher: 2015 kam es lediglich zu 1.225 Einbürgerungen. Die Zahlen haben sich seitdem also mehr als vervierfacht.



Über ein Drittel der Einbürgerungen entfallen auf Syrer. Die Ablehnungsquote liegt bei 2,7 Prozent, meldete das Statistische Landesamt.

Dazu erklärt der demokratiepolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Alexander Wiesner:

„Wie von der AfD befürchtet, ist das neue Staatsangehörigkeitsrecht, das 2024 in Kraft getreten ist, eine einzige Katastrophe. Es führt dazu, dass der deutsche Pass beinahe verschenkt wird. Selbst Empfänger von Transfer-Leistungen wie Bürgergeld können eingebürgert werden. Das ist ein verheerendes Signal.“

In Dänemark fallen bis zu zwei Drittel aller Teilnehmer beim Einbürgerungstest durch. In Sachsen dagegen ist die Ablehnungsquote verschwindend gering. Die AfD spricht sich dafür aus, Einbürgerungen frühestens nach zehn Jahren zu ermöglichen und wie in Dänemark an harte Kriterien zu knüpfen.

Erwähnen möchte ich auch, dass inzwischen 1,6 Millionen Syrer in ihre Heimat zurückgekehrt sind. Aus Deutschland sind darunter jedoch nur 3.678 Syrer. Statt Syrer massenhaft einzubürgern, müssen wir sie – wie andere Staaten auch – zur Rückkehr motivieren.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/vervierfachung-der-einbuengerungen-in-sachsen-deutscher-pass-darf-nicht-verschenkt-werden/>

Hilferuf von Handwerkern: „Tankrabatt“ verlängern und ausweiten!

Die Handwerkskammer Leipzig fordert laut der „Sächsischen Zeitung“ eine dauerhafte Senkung der „Energie- und Treibstoffpreise“. Bereits davor hatte das Netzwerk Logistik Mitteldeutschland einen Brandbrief an CDU-Ministerpräsident Michael Kretschmer geschrieben.

Dazu erklärt der handwerkspolitische Sprecher der sächsischen AfD-Fraktion, Mario Beger:

„Wir unterstützen die Forderungen unserer Handwerker und des Transportgewerbes. Der Staat verdient noch immer viel zu viel an den hohen Spritpreisen.“





Für eine echte Entlastung ist eine Streichung der CO₂-Abgabe erforderlich. Darüber hinaus muss die komplette Energiesteuer temporär ausgesetzt werden. Die Umsatzsteuer kann zudem von 19 auf 7 Prozent gesenkt werden. Die sinnlose 12-Uhr-Regel kann hingegen gern wieder entfallen.

Die von uns vorgeschlagenen Maßnahmen zielen in erster Linie darauf ab, die internationale Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen zu erhalten. Zur Erinnerung: In Polen kostet der Liter Benzin rund 50 Cent weniger.

Zugleich würden diese Maßnahmen aber auch dazu führen, alle Bürger zu entlasten. Wenn wir die CO₂-Abgabe und die Energiesteuer streichen, wird neben dem Tanken auch das Heizen deutlich günstiger. Außerdem lässt sich so die Inflation eindämmen, weil in den Preisen aller Lebensmittel auch immer Energiekosten stecken.“

<https://afd-fraktion-sachsen.de/hilferuf-von-handwerkern-tankrabbatt-verlaengern-und-ausweiten/>



Neues von der Alternative für Deutschland und der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

PRESSEMITTEILUNGEN des Bundesvorstandes der Alternative für Deutschland

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://www.afd.de/presse/>

PRESSEMITTEILUNGEN der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

Positionspapier „So retten wir Deutschland“

Während Schwarz-Rot streitet, zeigt unsere Klausurtagung in Cottbus: Die AfD-Fraktion ist geschlossen, zielstrebig und bereit, Deutschland eine echte Alternative zu bieten. Wir haben einstimmig ein starkes Wirtschaftspapier für Deutschland beschlossen. 📄

Link: <https://www.facebook.com/photo?fbid=1507784394044086&set=pcb.1507786014043924>

Alle Pressemitteilungen finden Sie hier:

<https://afdbundestag.de/presse/>

Weitere Veröffentlichungen der AfD in den sozialen Netzwerken



Aktuelle OECD-Studie: Deutschlands Niedergang hält nur die AfD auf!

Die Stimmung im Land ist so miserabel wie seit der Eurokrise nicht mehr. Laut einer neuen Umfrage stuft eine überwältigende Mehrheit von 85 Prozent der Deutschen den Zustand der eigenen Wirtschaft als schlecht ein. Auf der Sorgenliste belegt die Wirtschaft mit 27 Prozent den ersten Platz der Sorgenliste, dicht gefolgt von der unkontrollierten Migration mit 21 Prozent. Lediglich sechs Prozent der Befragten erwarten noch eine Verbesserung ihrer persönlichen Lage in diesem Jahr. Eine aktuelle Studie der Pariser Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) untermauert diesen Trend mit aktuellen Zahlen: Für 2026 erwartet die Industrieländerorganisation in Deutschland nur noch ein

Wachstum von 0,7 Prozent. Damit bleibt die deutsche Wirtschaft sowohl hinter dem Durchschnitt der OECD-Staaten als auch hinter dem Wachstum der Eurozone weit zurück.

Die Bundessprecherin der AfD, Alice Weidel, erklärt hierzu:

„Während die Weltwirtschaft trotz geopolitischer Krisen und steigender Energiepreise weiter wächst, bleibt Deutschland wirtschaftliches Schlusslicht. Das zeigt: Die wahren Ursachen der Krise liegen nicht im Iran-Konflikt oder in externen Schocks, sondern in Berlin. Friedrich Merz hat es in mehr als einem Jahr Amtszeit nicht geschafft, auch nur eine der zentralen Strukturreformen auf den Weg zu bringen, die für eine wirtschaftliche Erholung notwendig wären. Keine spürbaren Entlastungen, keine wettbewerbsfähigen Energiepreise, keine echte Bürokratiewende und keine Wachstumsimpulse für Unternehmen und den Mittelstand.“

Für eine echte Wende ist ein radikaler Kurswechsel notwendig. Die AfD fordert eine sofortige Entlastung des Mittelstands durch massive Steuersenkungen und den Abbau bürokratischer Fesseln. Gleichzeitig muss das Asylchaos beendet werden. Nur mit einer konsequenten Rückführungsoffensive und dem Schutz unserer Grenzen lässt sich der Wohlstand sichern. Deutschland braucht eine Politik, die dem eigenen Volk dient und die wirtschaftliche Stärke in den Mittelpunkt stellt.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1516835986478711&set=a.797289411766709>

Diplomatisches Versagen in New York: Merz scheitert auf ganzer Linie!

Die Bundesrepublik Deutschland ist bei der Wahl zum UN-Sicherheitsrat kläglich gescheitert. Mit lediglich 104 Stimmen landete Deutschland weit abgeschlagen hinter Portugal und Österreich. Außenminister Wadephul (CDU) spricht zwar von einer herben Niederlage, doch die Verantwortung für dieses diplomatische Debakel liegt bei der gesamten Regierungsspitze. Es ist

das bittere Ende einer diplomatischen Selbstüberschätzung, die Deutschland auf dem internationalen Parkett zunehmend isoliert.

Der selbsternannte Außenkanzler Friedrich Merz (CDU) wollte das Land zurück auf die Weltbühne führen, doch das Ergebnis in New York entlarvt diesen Anspruch als reine Fassade. Wer sich international nur durch leere Worthülsen und eine Politik der Beliebigkeit profiliert, darf sich über fehlende Unterstützung nicht wundern. Diese diplomatische Schlappe ist kein Zufall, sondern das direkte Resultat einer Außenpolitik, die eigene Interessen zugunsten globaler Inszenierungen vernachlässigt und dabei den Anschluss an die Realität verliert.



Deutschland braucht keine Selbstdarsteller, sondern eine Außenpolitik, die deutsche Souveränität und echte Interessenvertretung konsequent in den Mittelpunkt stellt. Wir fordern eine sofortige Abkehr von diesem Kurs der diplomatischen Peinlichkeiten. Statt Milliarden in internationale Projekte zu pumpen, um sich Sitze oder Einfluss zu erkaufen, muss der Fokus auf nationaler Stärke und einer Politik liegen, die von unseren Partnern respektiert wird. Schluss mit der Blamage auf Kosten der Steuerzahler.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1516601706502139&set=a.797289411766709>



Inder sticht in Hamburg zu: Supermarkt-Mitarbeiter bezahlt mit dem Leben!

Am Montagabend kam es in einer Hamburger Rewe-Filiale im Stadtteil Altona zu einer entsetzlichen Gewalttat. Ein 31-jähriger indischer Staatsbürger griff dort einen 29-jährigen Mitarbeiter mit einem Kampfmesser an. Trotz sofortiger Rettungsmaßnahmen verstarb das Opfer noch in der Notaufnahme. Der Täter ließ sich widerstandslos festnehmen, doch für den jungen Mann kam jede Hilfe zu spät.

Solche Messerattacken sind längst keine Einzelfälle mehr, sondern trauriger Alltag in einem Land, das die Kontrolle über seine Sicherheit verloren hat. Wer geht heute noch unbesorgt einkaufen,

ohne sich zu fragen, ob man sicher wieder nach Hause kommt? Die innere Sicherheit erodiert, während die Politik zuschaut, wie das staatliche Gewaltmonopol zunehmend ausgehöhlt wird. Die Bürger zahlen für dieses Versagen mit ihrer Gesundheit und im schlimmsten Fall mit ihrem Leben.

Die AfD fordert eine konsequente Wende in der Sicherheitspolitik. Kriminelle Ausländer müssen umgehend abgeschoben werden. Die Merz-Regierung darf nicht länger zusehen, wie öffentliche Räume zur Gefahr werden. Es braucht endlich wieder kontrollierte Grenzen und eine Politik, die den Schutz der eigenen Bevölkerung an die erste Stelle setzt. Sicherheit ist kein Privileg, sondern eine staatliche Pflicht.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1515753673253609&set=a.797289411766709>

332.500 Neubürger sind keine „Migrationswende“!

Im Jahr 2025 erreichte Deutschland einen traurigen Rekord: Rund 332.500 Ausländer erhielten die deutsche Staatsbürgerschaft. Dies markiert den fünften Anstieg in Folge. Die meisten Einbürgerungen betreffen Menschen aus Syrien, der Türkei und Russland.

Erschreckende 91 Prozent entfallen auf Regelfalleinbürgerungen oder Familiennachzug, wobei die überwältigende Mehrheit nun den Doppelpass nutzt. Es ist eine Entwicklung, die das Land grundlegend verändert.

Diese Masseneinbürgerungen sind das direkte Ergebnis einer Politik, die Quantität über Qualität stellt. Während Merz (CDU) und seine Koalitionspartner von einer angeblichen Migrationswende faseln, sieht die Realität anders aus. Diese Entwicklung belastet unsere Sozialsysteme, die Infrastruktur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt massiv. Dass Krings (CDU) nun plötzlich Kritik am Doppelpass übt, wirkt wie ein billiges Ablenkungsmanöver, denn seine Partei trägt die volle Verantwortung für dieses Versagen.

Deutschland ist keine beliebig verfügbare Dienstleistung. Die Staatsbürgerschaft ist kein Geschenk, das man wahllos verteilt. Die AfD fordert einen sofortigen Einbürgerungsstopp. Wir benötigen eine strikte Rückkehr zum Prinzip der einfachen Staatsbürgerschaft und müssen sicherstellen, dass der deutsche Pass nur an Menschen vergeben wird, die unsere Werte teilen. Alles andere ist Verrat am eigenen Volk.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1515617126600597&set=a.797289411766709>



Schluss mit dem Wahnsinn: Einbürgerungen sofort stoppen!

Die Einbürgerungszahlen in Deutschland haben 2025 ein neues Rekordhoch erreicht. In 14 Bundesländern erhielten mindestens 309.852 Personen den deutschen Pass. Besonders brisant: Bei den Neubürgern liegt die Quote der doppelten Staatsangehörigkeit in vielen Städten zwischen 85 und 98 Prozent. Syrier, Türken und Afghanen führen die Statistik an. Gleichzeitig türmen sich die unbearbeiteten Anträge: Allein in den großen Städten liegen über 320.000 Verfahren auf Eis, Tendenz steigend. Die Behörden stehen vor dem Kollaps, während die Politik bei der Aushöhlung unseres Staatsbürgerschaftsrechts tatenlos zusieht.

Diese Entwicklung entwertet das Staatsbürgerschaftsrecht massiv. Ein Pass ist kein bloßes Reisedokument, sondern Ausdruck einer tiefen Verbundenheit mit diesem Land und seiner Rechtsordnung. Wer die doppelte Staatsangehörigkeit zum Regelfall macht, schafft zwangsläufig Loyalitätskonflikte. Statt einer sorgfältigen Prüfung der Integrationsbereitschaft findet eine Massenabfertigung statt, die den Zusammenhalt unserer Gesellschaft weiter schwächt. Das Vertrauen in den deutschen Pass leidet unter dieser Praxis, bei der Quantität über Qualität gestellt wird.

Die AfD fordert eine sofortige Kehrtwende. Die von der Ampel begonnene und von der CDU

weitergeführte Einbürgerungslawine muss enden. Wir brauchen umgehend einen Stopp aller Einbürgerungen sowie eine Prüfung aller in den vergangenen Jahren ausstellten Staatsbürgerschaften.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1514932996669010&set=a.797289411766709>

„Versöhnungssalat und zwei Bier“

Bei einer Veranstaltung der Rheinischen Post gewährte Arbeitsministerin Bas tiefe Einblicke in ihre vertrauliche Beziehung zu Bundeskanzler Merz. Es wird nicht nur regelmäßig telefoniert, um öffentliche Missverständnisse zu klären, sondern auch bei einem "Versöhnungssalat mit zwei Bier" über politische Differenzen gesprochen.

Dieses Schauspiel zeigt, wie sehr sich die etablierten Parteien in einer gemeinsamen Wohlfühlblase eingerichtet haben, während das Land unter einer desaströsen Politik leidet. Während sich CDU und SPD hinter den Kulissen bei Bier und Salat versöhnen, bleiben die Sorgen der Bürger – von wirtschaftlicher Unsicherheit bis zur Migrationskrise – auf der Strecke. Es handelt sich um ein abgekartetes Spiel, bei dem politische Gegensätze nur noch Fassade sind. Wer einen echten Kurswechsel im Sinne der Bevölkerung will, darf auf dieses System der gegenseitigen Gefälligkeiten nicht länger bauen.



Nur eine starke AfD kann diese verkrusteten Strukturen aufbrechen. Es braucht keine politische Elite, die sich mit Versöhnungssalaten beschäftigt, sondern eine Regierung, die konsequent die Interessen der eigenen Bürger vertritt. Deutschland benötigt eine echte Wende, statt eines weiteren politischen Theaters zwischen den Altparteien.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1514811920014451&set=a.797289411766709>



Henry musste sterben, weil er weiß war ...

»I can't breathe«: Die letzten Worte, die der schwarze Junkie George Floyd bei seinem tragischen Tod während der Verhaftung sagte, wurden zum Motto einer beispiellosen weltweiten Kampagne gegen Polizeigewalt und Rassismus. »I can't breathe« – neunmal röchelte Henry Nowak diesen Satz, als britische Polizisten ihm die Handschellen anlegten. Er sagte auch: »Ich wurde niedergestochen«. »Glaub ich nicht, Kumpel« erwiderte der Polizeibeamte kalt bei der Festnahme. Nach der Veröffentlichung der Bodycam-Aufnahmen der Polizei kennen jetzt Millionen die Bilder vom Todeskampf des 18-

Jährigen.

Er wurde verhaftet, weil der Täter behauptete, Henry habe ihn beleidigt. Anstatt ihm zu helfen, legten die Polizisten ihm die Handschellen an. Das war kein Einsatzfehler: Diese Szene ist ein

bitteres Zeitdokument für den weißen Selbsthaß. Es belegt unsere Selbstaufgabe als Zivilisation.

»Kein Menschenleben ist im woken Denken so wenig wert wie das junger weißer Männer«
— Benedikt Brechtken auf Apollo News (<https://apollo-news.net/der-grausame-tod-des-henry-nowak.../>)

Die Polizisten handelten wohl aus der Angst heraus, man würde ihnen sonst »Rassismus« vorwerfen. Die Erzählung, daß Weiße immer die Täter sind und zahllose Antirassismustrainings hatten ihre Seelen vergiftet und jegliche Empathie abtrainiert. Das Schuld-Dogma war stärker als die natürlichen, menschlichen Hilfsreflexe.

George Floyd war ein Täter, Henry Nowak ein Opfer. Er war ein Opfer der Migrationspolitik. Anders als Floyd wurde er nicht in einem goldenen Sarg beerdigt. Sein Tod war kein Anlaß für Massenproteste und Plünderungen. Nach Henry werden keine Plätze benannt. Der Fall war kein Grund für Sondersendungen in den Nachrichten. Für Henry knieten keine Polizisten aus Scham nieder.

Der Fall ereignete sich bereits am 3. Dezember 2025. Jetzt wurde der Täter, Vickrum Digwa, ein 23-jähriger Inder, zu 21 Jahren Haft verurteilt. In diesem Zusammenhang wurden die Einsatzvideos veröffentlicht.

Henry war einer von uns. Er wurde Opfer der weißen Unterwerfung. Wie viele Leben werden noch auf diese Art enden, bis wir endlich wieder den aufrechten Gang lernen?

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1816357193121255&set=a.599798814777105>

CDU plant Zugriff auf Wohneigentum: Eigentum vor staatlicher Enteignung schützen!

Unions-Fraktionsvize Albert Stegemann (CDU) fordert in der Debatte um die Pflegeversicherung drastische Schritte: Das eigene Haus soll künftig bei der Pflegefinanzierung zwangsweise herangezogen werden. Laut Stegemann dürfe es kein Erbenschutzprogramm auf Kosten der Allgemeinheit geben. Bundesgesundheitsministerin Nina Warken (CDU) muss derweil ein Defizit von 22,5 Milliarden Euro in der Pflegekasse bewältigen. Auch die Wirtschaftsweisen um Monika Schnitzer springen dem bei und behaupten, die Allgemeinheit subventioniere derzeit Erbschaften vermögender Familien.

Dieser Vorstoß ist ein Schlag ins Gesicht aller Bürger, die sich durch lebenslange Arbeit Wohneigentum aufgebaut haben. Wer sein Leben lang in die eigenen vier Wände investiert, darf im Alter nicht dazu gezwungen werden, diese unter Druck zu verwerten. Statt die strukturellen Defizite in den Sozialsystemen anzugehen, sucht man bei der CDU das Geld in den Taschen derer, die ohnehin schon die Lasten tragen. Das Eigenheim dient als Altersvorsorge und Schutz vor Armut, nicht als Selbstbedienungsladen für einen überforderten Staat.

Wir als AfD lehnen den Zugriff auf das Wohneigentum unserer Bürger entschieden ab. Eigentum



ist Freiheit und ein wesentlicher Pfeiler für eine sichere Zukunft. Anstatt private Vorsorge zu bestrafen, muss die Politik das Missmanagement beenden und die Pflegefinanzierung auf eine solide Basis stellen, ohne das Lebenswerk der Menschen zu zerstören. Wir kämpfen für den Schutz des Eigentums und gegen die Enteignung durch die Hintertür.

<https://www.facebook.com/photo/?fbid=1514750236687286&set=a.797289411766709>



Stimmen der AfD ausschlaggebend für historischen Kurswechsel

Mit dem heutigen Abschluss der Trilogverhandlungen zur Rückführungsverordnung ist ein wichtiger Schritt zur Beendigung der verheerenden Migrationspolitik getan. Die Einigung schafft die Grundlage dafür, Rückführungen ausreisepflichtiger Personen schneller, konsequenter und wirksamer durchzusetzen. Für Deutschland und Europa ist dies ein entscheidender Schritt, um die Folgen der jahrelang verfehlten Migrationspolitik endlich politisch und praktisch zu korrigieren.

Zentrale Elemente der neuen Rückführungs politik - darunter externe Rückführungszentren sowie die außenpolitische Dimension mit Konsequenzen für nicht kooperierende Drittstaaten - sollen unmittelbar Anwendung finden. Damit wird bereits vor Ablauf der allgemeinen Umsetzungsfrist ein klares Signal gesetzt: Rückführungen dürfen nicht länger an fehlender Kooperation von Drittstaaten oder politischem Zögern scheitern.

Die innenpolitische Sprecherin der AfD im Europäischen Parlament und Schattenberichterstatterin der ESN-Fraktion, Mary Khan, erklärt dazu:

„Zu lange hat Deutschland unter den Folgen der katastrophalen Migrationspolitik gelitten. Mit dem heutigen Abschluss schaffen wir die Grundlage dafür, endlich Ordnung in die europäische Migrationspolitik zu bringen.

Zentrale von uns eingebrachte und priorisierte Anträge konnten im Verfahren beibehalten werden. Dazu gehören lebenslange Einreiseverbote sowie klare handels- und entwicklungspolitische Konsequenzen für Drittstaaten, die bei der Rücknahme ihrer Staatsangehörigen nicht kooperieren.

Auch wenn für Teile der Verordnung eine Umsetzungsfrist vorgesehen ist, darf es nach der finalen Abstimmung keine Ausrede mehr geben, Rückführungen weiter zu verschleppen. Wir sind zuversichtlich, dass dieser Entwurf noch vor der Sommerpause eine Mehrheit im Europäischen Parlament finden wird.“

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1514326856729624&set=a.797289411766709>

Blick in die Zukunft Deutschlands: Keine Toleranz für Krawallmacher!

In Paris herrschte nach dem Champions-League-Triumph von Paris Saint-Germain das Chaos. Um die Stadt zu sichern, wurden 22.000 Polizeikräfte mobilisiert, doch dieser massive Aufwand konnte die Gewalt nicht verhindern. Insgesamt 780 Personen wurden festgenommen, 57 Beamte verletzt, einer davon schwer. Wieder brannten Autos, wieder wurde Feuerwerk gezielt auf Sicherheitskräfte geschossen, wieder kam es zu Plünderungen. Die Bilder aus der französischen Hauptstadt erinnern an einen Ausnahmezustand.



Diese Szenen zeigen das Scheitern staatlicher Autorität. Wenn der öffentliche Raum zur Bühne für Anarchie und Angriffe auf die Polizei wird, haben Rechtsstaat und Ordnung ausgedient. In den Vorstädten haben sich Parallelgesellschaften gebildet, die den Staat offen verachten. Es handelt sich um ein Problem, das durch eine verfehlte Migrationspolitik über Jahre ignoriert wurde. Die Polizei wird zum Spielball gewalttätiger Gruppen, während Ladenbesitzer ihre Geschäfte verbarrikadieren müssen.

Für Deutschland ist das eine Warnung. Sicherheit gibt es nur mit kontrollierten Grenzen und konsequenter Durchsetzung des Rechtsstaats gegenüber jedem Straftäter. Wer sich nicht an Gesetze hält, muss unser Land verlassen. Wir brauchen keine Toleranz gegenüber kriminellen Milieus, sondern Politik der Stärke. Das Gewaltmonopol liegt beim Staat und ist entschlossen zu verteidigen. Unsere Sicherheit ist nicht verhandelbar – deutsche Städte dürfen dieses Schicksal nicht teilen.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1514129270082716&set=a.797289411766709>



Weder Merz noch Wüst stehen für Veränderung

Aktuell brodeln die Gerüchteküche um einen möglichen Kanzlertausch an der Spitze der Union. Eine neue Forsa-Umfrage belegt die tiefe Verunsicherung: Während 53 Prozent einen Wechsel für wirkungslos halten, fordern 41 Prozent den Rückzug von Friedrich Merz (CDU). Selbst unter den eigenen Anhängern zweifeln 42 Prozent an der Eignung des Kanzlers. Trotz demonstrativer Unterstützung durch Carsten Linnemann (CDU) bleibt die Unruhe bestehen, zumal ein Treffen von Merz mit dem oft als Alternative gehandelten Hendrik Wüst (CDU) für Spekulationen sorgt.

Doch dieser personelle Schlagabtausch ist reine Augenwischerei. Wer auf Hendrik Wüst blickt, erkennt die politische Ideenlosigkeit.

Nordrhein-Westfalen unter seiner Führung steht beispielhaft für den Abstieg, den unser Land erlebt. Ob Merz oder Wüst an der Spitze stehen, ändert nichts an der verfehlten Politik. Die Bürger leiden unter explodierenden Energiepreisen und erdrückender Steuerlast, während sich die Union in internen Machtspielen verliert, statt echte Lösungen anzubieten.

Ein Kanzlertausch ist bloße Kosmetik an einem maroden System. Deutschland braucht keine



Personalrochaden, sondern eine fundamentale politische Wende. Die Union hat ihre Chance verspielt und steckt in der Selbstbeschäftigung fest. Nur eine AfD-geführte Regierung kann den Kurs korrigieren und die Interessen der deutschen Bürger wieder in den Mittelpunkt stellen.

<https://www.facebook.com/photo?fbid=1513869580108685&set=a.797289411766709>

Meldungen aus Sachsen, Deutschland und der Welt

„Frau Bas hat in der Regierung nichts verloren“, findet Aiwanger

<https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2026/frau-bas-hat-in-der-regierung-nichts-verloren-findet-aiwanger/>

Deutschland scheitert erstmals bei Wahl zum UN-Sicherheitsrat

<https://www.zeit.de/politik/ausland/2026-06/oesterreich-in-den-un-sicherheitsrat-gewaehlt-deutschland-scheitert>

Mob geht nach Mord an Student auf Polizei los

<https://www.bild.de/news/ausland/southampton-proteste-eskaliert-polizei-mit-steinen-beworfen-6a1fb49e1f46a650bff5d714>

Roter Berliner Ex-Senatorin wird das Ruhegehalt gestrichen

<https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2026/roter-berliner-ex-senatorin-wird-das-ruhegehalt-gestrichen/>

Video-Empfehlungen

Geschwister fliegen von der Schule wegen Vaters falscher Meinung | Skandal an Berliner Waldorfschule

<https://www.youtube.com/watch?v=xE8wSSqEgk>

Informationskanäle der AfD

Kanal der AfD-Fraktion im Sächsischen Landtag

<https://www.youtube.com/channel/UCVXqMg5NOK5z8dwtzqRcMNq/videos>

Kanal der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

https://www.youtube.com/channel/UC_dZp8bZipnjntBGLVHm6rw/videos

Kanal von AfD Kompakt TV

<https://www.youtube.com/c/AfDKanal/videos>



Wochenendpodcast der AfD

<https://afdkompakt.de/podcast/>

AfD im EU-Parlament

<https://www.youtube.com/c/AfDimEUParlament/videos>

Auf1 - Alternatives, unabhängiges Fernsehen

<https://auf1.tv/>

Radio Klartext

<https://www.youtube.com/@radioklartext>

NIUS – Die Stimme der Mehrheit

<https://nius.de/>

Ostdeutsche Allgemeine Zeitung

<https://ostdeutscheallgemeine.com/>

Internetseiten und Videokanäle im AfD-Kreisverband Bautzen

Kreisverband Bautzen

www.afdbautzen.de/

www.afdsachsen.de/verbaende/afd-kreisverband-bautzen/

www.facebook.com/AfD-Kreisverband-Bautzen-110578221607093

t.me/afdkreisverbandbautzen

www.afd-kreistagsfraktion-bautzen.de/

Karsten Hilse, MdB

www.karstenhilse.de

t.me/karstenhilsepolitiker

www.facebook.com/Karsten.Hilse.Politiker/

www.facebook.com/AfD.WKB.Bautzen

www.facebook.com/Wahlkreisb%C3%BCro-BautzenHoyerswerda-910992965679861

www.youtube.com/@karstenhilse9212/videos

Frank Peschel, MdL

www.frankpeschel.de

t.me/frankpeschel

www.facebook.com/frankpeschel.de

Timo Schreyer, MdL

www.facebook.com/Timo.Schreyer.AfD

Doreen Schwietzer, MdL

www.facebook.com/SchwietzerMdL



[instagram.com/doreenschwietzer_afd](https://www.instagram.com/doreenschwietzer_afd)
www.doreen-schwietzer.de
t.me/schwietzer
twitter.com/SchwietzerMdL

Ralf-Peter Hechtberger, Landtagsdirektkandidat WK 53
www.facebook.com/profile.php?id=61554027185527

Junge Alternative Oberlausitz
[instagram.com/ja_oberlausitz](https://www.instagram.com/ja_oberlausitz)
www.facebook.com/JungeAlternativeOberlausitz
t.me/+F49gQriXPCo5OGUy

Regionalgruppe Bautzen
www.facebook.com/AfDstadtbautzen/
www.facebook.com/AfD-Malschwitz-1795225520507800/

Regionalgruppe Hoyerswerda
www.afd-hoyerswerda.de/
www.afd-stadtrat-hoyerswerda.de/
www.youtube.com/@AfDFraktionHoyerswerda
www.facebook.com/profile.php?id=100089078246219

AfD Oberlausitz
www.facebook.com/AfDOberlausitz
www.youtube.com/channel/UCX2jm-d4CT_YNkyAT6vsfFw
t.me/oliverhelbing
www.tiktok.com/@afdoberlausitz

Ortsgruppe Cunewalde
www.afd-cunewalde.de/

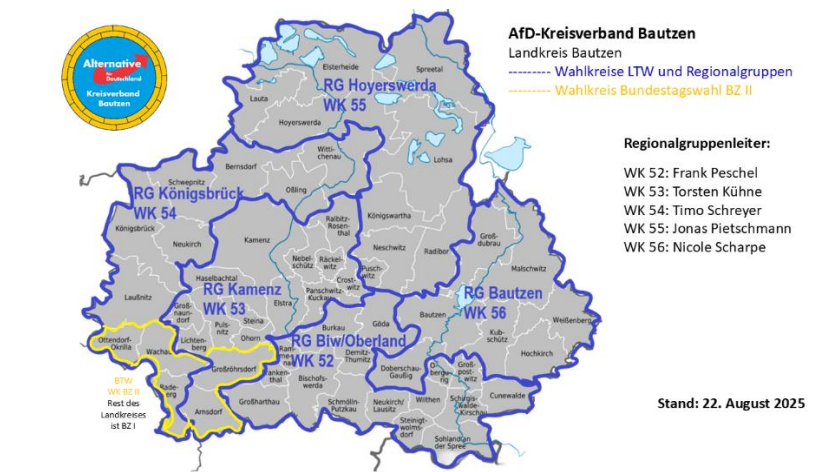
Regionalgruppe Bischofswerda
www.facebook.com/afd.bischofswerda

Regionalgruppe Kamenz
www.facebook.com/AfD-Regionalgruppe-Kamenz-217220858708004
www.afd-stadtrat-pulsnitz.de
www.afdpulsnitz.de/

Stadtratsfraktion Radeberg
www.facebook.com/groups/465255757689215/



Regionalgruppen im KV Bautzen



SPENDENKONTO

AfD Kreisverband Bautzen
IBAN: DE 1685 0503 0002 2578 5552
BIC: OSDDDE81XXX
Ostsächsische Sparkasse

Entscheiden Sie selbst, ob ein Teil Ihrer Steuern besser als Spende beim Verein oder der Partei Ihrer Wahl aufgehoben ist oder beim Bundesfinanzminister!

VIEL SPAß BEIM LESEN UND VERBREITEN!

KONTAKT:

Büro Bautzen
Postplatz 1
02625 Bautzen
03591-5328336
Montag – Donnerstag
10.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00 – 16.00 Uhr

Büro Hoyerswerda
Spremberger Str. 11
02977 Hoyerswerda
03571-2096287
Montag: Geschlossen
Di/Mi: 9.00-16.00 Uhr
Do/Fr: 10.00-18.00 Uhr

Büro Kamenz
Klosterstr. 4
03578-7889108
Montag 12.00-18.00 Uhr
Dienstag 10.00-18.00 Uhr
Mittwoch 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 8.00-18.00 Uhr
Freitag 8.00-13.00 Uhr

www.afdbautzen.de
info@afdbautzen.de



AfD-Kreisverband Bautzen